

Simbabwe aktuell | August 2023 (1)

Am 23. August finden in Simbabwe Wahlen statt. In der deutschen Presse wird, wenn überhaupt, nur über den Wahltag und den Ausgang berichtet, nicht aber darüber, wie es dazu gekommen ist. Wir möchten mit unserem zunächst monatlichen und später vierzehntägigen Newsletter dazu beitragen, dass die Informationen aus Simbabwe einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich und die Umstände, unter denen die Wahlen stattfinden, sichtbarer gemacht werden können. Unsere Auswertung lokaler Zeitungsartikel soll dabei helfen, einen raschen Überblick über Themen und Debatten in Simbabwe zu erhalten, die mit den Wahlen direkt oder eher indirekt zu tun haben: Wahlmanipulation, Gewalt, Korruption, Vorteilsnahme... Nach wie vor werden wir in unserem regulären [KASA-Newsletter](#) eher analytische Artikel zur Situation im Land veröffentlichen.

Haben Sie Interesse an Interviewpartnern? Gerne können wir Kontakte zu Expert:innen aus Deutschland, Europa oder direkt aus Simbabwe vermitteln, sprechen Sie uns an!

Wenn Sie diese Mails nicht mehr erhalten möchten, bitten wir Sie um eine kurze Rückmeldung. Gerne können Sie uns weitere potenziell Interessierte nennen oder die Mail weiterleiten.

Wir wünschen gute Lektüre!

Lisa Rieger und Simone Knapp

Elisabeth Valerio tritt – nun doch – als einzige Frau dem Rennen um die Präsidentschaftswahl bei

Im Juli berichteten wir bereits darüber, dass alle Frauen, die sich als Kandidatinnen für die Präsidentschaftswahlen registrieren wollten, von der Walkommission disqualifiziert wurden. Grund für ihr Scheitern war die Erhöhung der Kandidaturgebühren auf 20.000\$, eine Summe, die viele Bewerberinnen nicht rechtzeitig zahlen konnten. Elisabeth Valerio war eine der Kandidatinnen, deren Bewerbung von der ZEC aufgrund von Problemen mit dem Bankensystem abgelehnt wurde. Nachdem sie beim Obersten Gerichtshof in Harare Berufung eingelegt hatte, entschied Richter Samuel Deme nun, dass die ZEC einen Fehler gemacht hätte, als sie sich weigerte, die Unterlagen zu akzeptieren. Valerio wird nun als einzige weibliche Kandidatin für die Präsidentschaftswahlen antreten.

Dies ist ein kleiner Sieg für alle Frauen in Simbabwe, die besonders in der Politik starke Diskriminierung erfahren. Auch ein Blick auf die Nationalversammlung zeigt, dass es zur Gleichstellung der Geschlechter in der Politik noch ein weiter Weg ist: gegen 637 Männer kandidieren nur 70 Frauen, also 11%. Und das, obwohl ein Gesetz vorsieht, dass in einem Parlament mit 210 Mitgliedern 60 Sitze nach dem Verhältniswahlrecht für Frauen reserviert sind.

<https://www.timeslive.co.za/news/africa/2023-07-20-victory-for-zimbabwes-only-female-candidate-in-the-presidential-race/>

<https://www.theafricareport.com/314394/zimbabwe-women-politicians-sidelined-ahead-of-23-august-polls/>

<https://apnews.com/article/zimbabwe-elections-women-candidates-underrepresentation-stereotypes-7ed3d0f9b2df1821497f278b1a2948c1>

<https://www.news24.com/news24/africa/news/women-facing-offline-and-online-violence-ahead-of-elections-in-zimbabwe-african-commission-20230801>

Chinesisches Unternehmen eröffnet Lithium-Verarbeitungsanlage in Simbabwe

Simbabwe hat eines der größten Lithium Vorkommen weltweit – ein Rohstoff, der aufgrund seiner Verwendung in Batterien für Elektrofahrzeuge immer wichtiger wird. Anfang Juli hat Prospect Lithium Zimbabwe, eine Tochtergesellschaft des chinesischen Unternehmens Zhejiang Huayou Cobalt, eine Anlage in Simbabwe eröffnet, die pro Jahr 4,5 Millionen Tonnen Hartgestein Lithium zu Konzentrat für den Export verarbeiten kann.

Präsident Mnangagwa sieht in der Lithium Verarbeitung eine Chance für Simbabwe, ein Player in globalen Lithium Wertschöpfungsketten zu werden. Um von der aktuell hohen Nachfrage an Lithium zu profitieren, hatte Simbabwe im vergangenen Jahr die Ausfuhr von rohem Lithiumerz verboten. Das Land erhofft sich, die Erträge maximieren zu können, indem es von Minenunternehmen verlangt, vor Ort in die Verarbeitung zu investieren, bevor sie exportieren.

<https://apnews.com/article/lithium-processing-plant-chinese-92ccd10bd4ba028bc38fdadcdffc06da>

Stellungnahme der Crisis Coalition zu Glaubwürdigkeit, Fairness und Freiheit der Wahlen

Die Crisis in Zimbabwe Coalition – ein Zusammenschluss von mehr als 75 zivilgesellschaftlichen Organisationen – veröffentlichte eine Stellungnahme zu den Wahlen. Darin analysiert sie u.a. die Glaubwürdigkeit der Wahlen und die Rolle der an den Wahlen beteiligten Institutionen und Stakeholder.

Sie zeigen, dass die Wahlkommission ZEC anscheinend nicht in der Lage ist, freie und faire Wahlen durchzuführen. Sie sei außerdem daran gescheitert, einen Verhaltenskodex für die an der Durchführung der Wahlen beteiligten Organisationen, wie z.B. die FaZ, die täglich Gewalt an Bürger:innen ausübe, durchzusetzen. Des Weiteren zeichnete sich der besorgniserregende Trend ab, bei dem die Gerichte bestimmen, wer für eine Wahl kandidieren darf und wer nicht. Die Medien seien mittlerweile mehrheitlich unter der Kontrolle des Staates und zu 87% parteiisch mit der ZANU PF. Eine Gewaltenteilung zwischen Judikative, Exekutive, Legislative und Medien gebe es in Simbabwe nicht mehr. Simbabwe sei wie ein Einparteienstaat. Unter diesen verzerrten Bedingungen werde das Umfeld der Wahlen 2023 noch schlechter als bereits 2018 sein – weder fair noch frei, noch glaubwürdig.

https://www.crisiszim.org/post/crisis-coalition-statement-on-zimbabwe-2023-elections?utm_source=facebook&utm_medium=blog.post-promoter&utm_campaign=3d6f3192-da98-477d-a79a-a6a6943b37db&fbclid=IwAR3QmUnQeBd4B0QuhrFdI4_IWkqZrQZiHxpZaWNFzfbakOC-1uIHUHM_HvM

Patriotic Act als Werkzeug der Unterdrückung

Wir berichteten bereits im Juli von der Verabschiedung des Patriotic Acts, der eine Gefährdung für grundlegende Menschenrechte, wie das Recht auf Meinungsfreiheit darstellt. Ein Artikel von Tinashe Sithole erklärt die Gefahren der Auslegungsmöglichkeiten sehr detailliert und verdeutlicht, wie das Gesetz insbesondere diejenigen benachteiligen könnte, die Misstände und Menschenrechtsverletzungen aufdecken. So erlaubt es z.B. die Überwachung und Unterdrückung von politischen Organisationen und Journalist:innen, die der Regierung kritisch gegenüberstehen. Es birgt die Gefahr, dass die Regierung legitime Kritik als „unpatriotisches Verhalten“ auslegen wird, was harte Strafen vorsieht. Ein Problem liege in der weit gefassten Definition des Begriffs „nationale Interessen“, was genutzt werden könne, um politische Ziele zu verfolgen. Unter dem Gesetz könnten Individuen, die sich kritisch bezüglich Menschenrechtsverletzungen und Korruption äußern, wegen unpatriotischen Verhaltens bestraft werden.

Er fordert zivilgesellschaftliche Organisationen dazu auf, auf die möglichen Auswirkungen des Patriotic Acts auf die Gesellschaft aufmerksam zu machen, um Widerstand zu mobilisieren.

https://theconversation.com/zimbabwes-patriotic-act-erodes-freedoms-and-may-be-a-tool-for-repression-209984?utm_medium=email&utm_campaign=Latest%20from%20The%20Conversation%20for%20July%2030%202023%20-%202695427224&utm_content=Latest%20from%20The%20Conversation%20for%20July%2030%202023%20-%202695427224+CID_509c020930276119166eefe535b26465&utm_source=campaign_monitor_africa&utm_term=Zimbabwes%20Patriotic%20Act%20erodes%20freedoms%20and%20may%20be%20a%20tool%20for%20repression

Organisierte Gewalt im Zusammenhang mit den Wahlen

Ein Bericht des Research and Advocacy Unit Trust (RAU) zeigt die Fälle organisierter Gewalt im Zusammenhang mit Wahlen auf. Laut der RAU ist organisierte Gewalt besonders hoch, wenn die Wahrscheinlichkeit eines politischen Machtverlusts der regierenden Partei sehr hoch ist – und damit auch ein relevantes Thema für die Wahlen 2023.

Der Bericht analysiert die Wahlen in Simbabwe seit dem Jahr 2000 und leitet daraus Empfehlungen an die Regierung, an die Southern African Development Community (SADC), sowie an die internationale Community in Bezug auf die Wahlen 2023 ab, um weiteren Fällen von organisierter Gewalt im Rahmen der Wahlen vorzubeugen. So spricht er z.B. die Empfehlung an die Regierung aus, ein multilaterales Team von Langzeitbeobachtern aufzustellen, bestehend aus Polizist:innen aus SADC Ländern und einheimischen Beobachter:innen aus simbabwischen Kirchen und der Zivilgesellschaft. Die SADC sollte u.a. sicherstellen, dass ihre eigenen Grundsätze und Leitlinien für demokratische Wahlen

eingehalten werden, und Druck auf die simbabwische Regierung ausüben, ein multilaterales Beobachterteam aufzustellen. Forderungen an die internationale Gemeinschaft lauten z.B., die Rolle der SADC zu unterstützen und die Konformität mit der Charta der Afrikanischen Union für Demokratie, Wahlen und Staatsführung sicherzustellen.

<https://kubatana.net/wp-content/uploads/2021/07/OVT-and-Elections-final-26-June-2021.pdf>